

Die Linke und die 'nationale Frage' 2. Teil

Die Arbeiterklasse war in Sri Lanka seit jeher ethnisch gemischt. Jedoch hat es in den traditionellen Linksparteien nie eine ernsthafte theoretische Debatte über die sogenannte 'nationale Frage' gegeben, die von Marxisten als die 'Gesamtheit von politischen, ideologischen, ökonomischen und rechtlichen Beziehungen zwischen nationalen Gemeinschaften' bezeichnet wird. Die Autorin des folgenden Beitrags, Kumari Jayewardene, beleuchtet die Position der Linken in Sri Lanka in Bezug auf die 'nationale Frage'. Der Beitrag wurde übersetzt von Britta Jünemann.

Auch im Falle der Nationalflagge, einer seit jeher emotional aufgeladenen Frage bei denjenigen mit 'patriotischen' und 'nationalistischen' Gefühlen, bezog die Linke Position. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit besaß Sri Lanka keine offizielle Flagge; und während Sinhalesen unerbittlich darauf beharrten, daß ihre Löwen-Flagge zur Nationalfahne gemacht werden sollte, waren die Minderheiten nicht bereit, eine solche Forderung stillschweigend hinzunehmen. Als die Frage im Januar 1948 zum erstenmal im Parlament debattiert wurde, hielt Phillip Gunawardena von der 'Lanka Sama Samaja Party' (LSSP) eine bewegende Rede, in der er bemerkte, daß "Stammesflaggen (tribal flags) ihm gleichgültig seien, unabhängig davon, ob es sich nun um die Flagge der Sinhalesen, Holländer, Tamilen oder Moslems handele." Es sei nicht in Ordnung, fügte er hinzu, "daß die Führer einer Gemeinschaft (tribal leaders) den Minderheiten eine Flagge aufzuerlegen versuchten, die ihrem Wesen nach die Flagge eines Bevölkerungsteils (communal flag) sei." (Hansard Bd. 2, 1948, S. 3493).

Solche Auffassungen dominierten auch die nächste Debatte über die Nationalflagge im Jahre 1951, bei der eine neuentworfenen Löwen-Flagge - mit orangen und grünen Streifen für die tamilische bzw. die moslemische Minderheit - angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde Premalai Kumarasiri von der 'Communist Party' (CP) vielsagend sarkastisch, als er dem unerschrockenen Radikalismus und dem nicht-chauvinistischen Ansatz der Linken Ausdruck verlieh: "Diese Flagge wird von den chauvinistischsten und am meisten auf ihre Gemeinschaft hin orientierten Teilen der Sinhalesen unterstützt...die in Anlehnung an gefälschte und verzerrte Geschichtsdarstellungen dem irrigen Glauben anhängen, daß sie von einem Löwen abstammen...Die jetzige Gestaltung ist lediglich eine Konzession an den Chauvinismus bei Teilen der Sinhalesen..., die es vorziehen würden, unter dem 'Union Jack' zu leben als Konzessionen an die Minderheiten zu machen." Es bleibt allerdings festzuhalten, daß Phillip Gunawardena und Premalal Kumarasiri, die in überzeugender Weise in dieser Periode anti-chauvinistisch eingestellt waren, lediglich ein paar Jahre später die Einführung von Sinhalesisch als der einzigen offiziellen Sprache vehement vertraten.

Die Linke und der Internationalismus

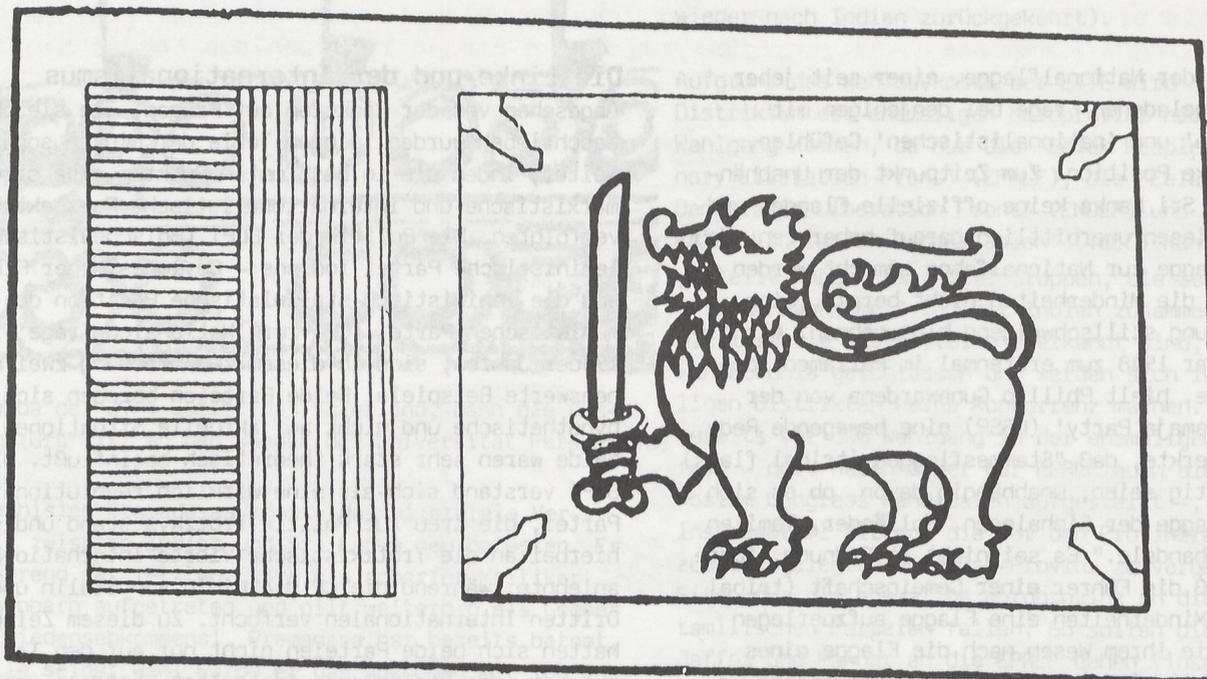
Abgesehen von der Reaktion auf Fragen, wie sie oben beschrieben wurden, gingen Teile der Linken sogar weiter, indem sie in bestimmten Punkten eine streng marxistische und internationalistische Perspektive verfolgten. Die Politik der BLPI (Bolschewistisch-leninistische Partei Indiens - Ceylonischer Flügel) und die leninistisch-stalinistische Position der Kommunistischen Partei (CP) zur 'Nationalen Frage' in den 1940er Jahren, sind in diesem Zusammenhang zwei nennenswerte Beispiele. Beide Parteien bezogen sich auf hypothetische und nicht auf aktuelle Situationen, und beide waren sehr stark theoretisch beeinflusst. Die BLPI verstand sich als eine wirklich revolutionäre Partei, die treu zur Politik Trotzkiys stand und sich hierbei an die Trotzkiistische Vierte Internationale anlehnte, während die CP die Linie von Stalin und der Dritten Internationalen verfocht. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich beide Parteien nicht nur auf den Trotzkiismus bzw. den Stalinismus festgelegt, sondern waren auch zu einem solchen Grad internationalistisch, daß sie es versäumten, eine Politik zu formulieren, die auf einer Analyse der spezifisch ceylonesischen Realitäten fußte.

Die CP unterhielt in den 40-er Jahren engen Kontakt zu den kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Großbritanniens und Indiens. In der 'Nationalen Frage' wurde sie besonders von der Linie, die die CP Indiens 1942 vertrat, beeinflusst. Diese erkannte die Moslems als eine eigene Nation an, trat für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Sezession ein und unterstützte die Moslemische Liga. Äußerst bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß die CP Sri Lankas 1944 eine ähnliche Richtung im Hinblick auf Tamilen verfolgte, als damals die Verfassungsreform diskutiert wurde. Sie formulierte Vorschläge im Hinblick auf die 'Nationale Frage', die die Forderungen der tamilischen Gruppen weit übertrafen. Während sich die 'Federal Party' erst 1951 auf eine "Tamilische Nation" bezog, verwies der Entwurf der CP eines föderalen, unabhängigen Sri Lankas von 1944 auf Sinhalesen und Tamilen als "eigene Nationen...getrennte, historisch gewachsene Nationalitäten, die nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung besäßen, sondern auch das Recht, einen eigenen, unabhängigen Staat zu bilden, wann immer sie es wünschen

sollten." (zitiert bei Michael Roberts, 1979, S. 15).

Der Internationalismus war unter den Trotzisten in Sri Lanka besonders einflußreich in den 40er Jahren, und da besonders innerhalb eines Flügels, der von Colvin R. de Silva, Leslie Goonawardena und Doric de Souza geführt wurde. Diese Sektion hatte sich von der LSSP abgespalten, bei der Gründung der Bolschewistisch-leninistischen Partei Indiens als Teil der 4. Internationale 1942 geholfen und sich in Sri Lanka als integraler Bestandteil dieser Partei formiert. Die BLPI kritisierte 1946 in einem Dokument, überschrieben: "Das Programm für Ceylon" das 1941er "Programm

In diesem Kontext wurde auch das "Recht des ceylonesischen Volkes auf Selbstbestimmung" erwähnt, indem man darlegte, daß dessen Interessen nicht denen der Inder untergeordnet sind, aber mit dem Zusatz, daß "Ceylons Recht auf Selbstbestimmung...nur **nach** der Zerstörung des imperialistischen Regimes durch die indische Revolution ausgeübt werden kann. Danach wird das ceylonesische Volk, und nur es allein, über die politische Zukunft Ceylons entscheiden, d.h. ob Ceylon einer indischen Föderation beitreten will, bzw. wenn man einer solchen Föderation beigetreten ist, ob man sich zu irgendeinem Zeitpunkt wieder davon trennen will." (Ebd., S. 317). Das vorläufige Programm der BLPI



der LSSP" als "unbefriedigend in seinen theoretischen Aspekten, hauptsächlich deshalb, weil es eine 'nationale' Revolution in Ceylon umreißt, was eine falsche Perspektive ist." Demgegenüber vertrat die BLPI die Linie, daß "der revolutionäre Kampf in Ceylon nicht in Isolation und nur mit den eigenen unabhängigen Kräften vonstatten gehen kann, bis zu der Stufe, in der das imperialistische Regime gestürzt wird...Die geographische Nähe zwischen Indien und Ceylon, die sehr engen ökonomischen und kulturellen Bindungen... und die gemeinsame Versklavung...durch den britischen Imperialismus, machen es zum sicheren Faktum, daß die ceylonesischen Massen die Möglichkeit haben, sich voll und ganz an der indischen Revolution zu beteiligen, um das britische Joch zu sprengen." (Vierte Internationale, Oktober 1946, S. 316). Die BLPI vertrat die Auffassung, daß die vollständige Emanzipation Indiens undenkbar sei, "solange Ceylon...eine feste Bastion britischer Macht im Osten ist." Sie zog hieraus die theoretische Schlußfolgerung, daß "der revolutionäre Kampf in Ceylon mit dem auf dem Kontinent in **allen Phasen** verbunden sein wird und einen Teilaspekt im Hinblick auf die indische Revolution als ganze darstellen wird." (Ebd.)

gestand in dieser Frage die "Besonderheiten des nationalen Rahmens" ein: "Die politische Trennung Ceylons von Indien; die ökonomische Konflikte, die zwischen der ceylonesischen Bourgeoisie und Teilen der Kleinbourgeoisie einerseits und ihren indischen Rivalen andererseits bestehen; dazu ist das ganze nationale kulturelle Erbe Ceylons die Grundlage starker nationalistischer und anti-indischer Gefühle, die wiederholt auch in die Arbeiterklasse hineingetragen wurden. Es ist notwendig für die Partei, unablässig gegen den Chauvinismus in all seinen Formen zu kämpfen, um die Einheit des revolutionären Kampfes in Indien und Ceylon gegen den britischen Imperialismus aufzuzeigen. Zur gleichen Zeit ist es die Pflicht der bolschewistischen Leninisten, das Recht auf Selbstbestimmung für das ceylonesische Volk hochzuhalten." (Ebd., S. 319)

Es sollte betont werden, daß in diesen Formulierungen das "ceylonesische Volk" einen Block darstellt, wobei die ethnischen Gruppen nicht unterschieden werden.

Die Frage der Sprachenparität

Der Höhepunkt linken Widerstands gegen den Chauvinis-

mus war der Standpunkt, den die Linke in der Frage der offiziellen Landessprache einnahm. Als darüber 1956 im Parlament diskutiert wurde, gab es schon einige Zweifel bei Teilen der Führerschaft wie auch der Basis der linken Parteien in dieser Frage: Trotzdem riskierten es LSSP und CP, auf dem Höhepunkt der Sprachenhysterie eine unpopuläre Meinung zu vertreten, indem sie jenes Gesetz ablehnten, das Sinhalesisch unter Ausschluß von Tamil zur offiziellen Sprache machte.

Schon in den 40er Jahren war das Sprachenproblem im damaligen 'State Council' aufgeworfen worden, als J.R. Jayawardene den Vorschlag einbrachte, "Sinhalesisch zur offiziellen Sprache von Ceylon in einer absehbaren Zeitspanne" zu machen. Auf Bitten der tamilischen Mitglieder des Staatsrates wurde ein Ergänzungsantrag angenommen, wonach Tamil ebenfalls den Status einer offiziellen Sprache erhalten sollte. Die so veränderte Resolution wurde mit 27 zu 2 Stimmen angenommen. Dennoch sollte festgehalten werden, daß die ursprüngliche Forderung lediglich Sinhalesisch als offizielle Sprache vorsah. In den Jahren bis 1955 wurde dann die Parole verfolgt, daß beide Sprachen offiziellen Status erlangen sollten. Aber es kam anders. Trotz der Agitation vieler Sinhalesen, 'swabasha' (Landessprachen) zu propagieren, lag die Betonung insgesamt doch mehr darauf, sinhalesisch als einzige Sprache einzuführen.

Alle Teile des Kleinbürgertums waren der Sprachenfrage gefühlsmäßig stark zugetan, in dem Glauben, daß 'swabasha' denjenigen, die ihre Bildung in Sinhalesisch erhalten hatten, besseren Zugang zu den höheren Bildungseinrichtungen und zu den lukrativen Berufen (im Staatsdienst) eröffnen würde. Es waren meist sinhalesische Lehrer, die bei dem Streit federführend waren. Aber auch buddhistische Mönche waren engagiert, weil sie einen inneren Zusammenhang zwischen Religion und Sprache sahen. In diesem Zusammenhang ist der Wandel von 'swabasha peramuna' zu 'basha peramuna' bemerkenswert.

Schon 1951 argumentierte die "All-Ceylon Swabasha Teachers Trade Union" in ihrem sinhalesischen Pamphlet "Rajya Bhasa Prashnaya" (Die Frage der offiziellen Sprachen), daß sowohl Sinhalesisch als auch Tamil zu offiziellen Sprachen gemacht werden sollten. In ihrer Rolle als Lehrer sahen sie hierin die Kulmination jener Bewegung, die die Nationalsprachen als Unterrichtsmedium etablieren wollte. Sie versuchten, die Menschen für diese Bewegung auf der Basis ihrer kulturellen Identität zu mobilisieren: in dieser Forderung sahen sie nämlich nicht nur eine demokratische politische Notwendigkeit - die Durchführung der Verwaltung in der Sprache der Bevölkerung - sondern auch die Chance, eine nationale Identität zu bestärken und zu sichern. "Wir glauben, daß es keinen einzigen Bürger gibt, der an diesem Kampf nicht teilnehmen kann, wenn man ihn nicht in erster Linie als einen politischen Kampf, sondern als einen Kampf für kulturelle Rechte betrachtet." (Rajya Bhasa Prashnaya, 1951). Die Rhetorik, die hier benutzt wurde, ist auch

ein Zeichen für eines der charakteristischsten Merkmale kleinbürgerlicher Ideologie, nämlich der Feindseligkeit gegenüber "fremden Einflüssen". Es wurde argumentiert, daß sich die englisch-sprechende Elite dieser gerechten Forderung widersetze. "Wir müssen diejenigen beim Namen nennen, die ein kleines England aus dieser goldenen Insel, diesem zimtfarbenen Garten, dieser Perle des Ostens machen wollen, indem sie die Nationalsprache mit ihrer stolzen Geschichte von über 2000 Jahren auszurotten versuchen." (Ebd.)

Ein anderes Charakteristikum dieses Mobilisierungsversuches war, daß man sich einzig und allein an die Sinhalesen wandte, und zwar an jene spezifischen Gruppen der buddhistischen Mönche, der ajurvedischen Ärzte, der Lehrer und Schriftsteller, wobei die Minderheitengruppen generell ausgelassen wurden. Diese Tendenzen erlaubten sehr leicht die spätere Umwandlung der Kampagne zu einer 'sinhala-only'-Bewegung.

සමස්ත භාෂා
 රට බහ බුලහිත
 අප ජීවත් කර වත්තේ
 නිහඬමානි ගොවි ටාලා

පාන්දරින් පිබි දෙනන්
 කනිකට කුඹුරට යන්නේ
 ගොවිමින් යාමේ ගෙට පිබි
 කම්මලි කම් නැහැ දන්නේ

මුළු දවසෙම ගොතොරු මමවි
 වෙගෙහි ඔහු සෙදෙහි වැවෙහි
 සල මග දෙක සරුවුනාම
 ගොයම දිලෙහි හැටට හැවෙහි

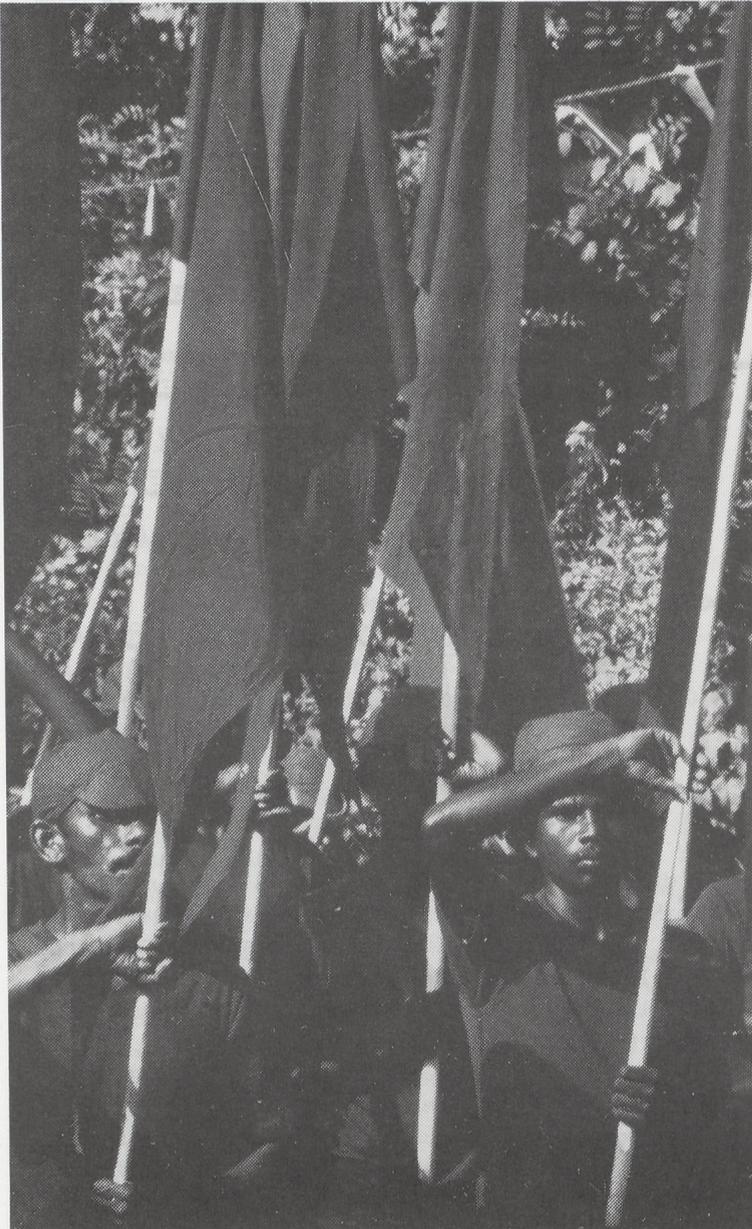
ද දිය බිඳු හිරුර න ධනි
 ඒවා සම මුහු වල ධනි
 ඈ වැද වැරි

Ab 1956 wurde sinhalesisch zur einzigen offiziellen Staatssprache

In dieser ganzen Periode, angesichts sich ausbreitenden Sprachenchauvinismus, fuhr die Linke unbeirrt fort, die Angelegenheiten beider Sprachen zu verfechten. In seinem sinhalesischen Pamphlet "Die Frage bezüglich der Nationalen Sprache und ihre Lösung" antwortete Dr. S.A. Wickremasinghe all jenen, die wie Sir Ivor Jennings bezweifelten, ob die Nationalsprachen die Ansprüche einer sich modernisierenden Gesellschaft erfüllen könnten. Wickremasinghe sprach von dem alten und reichen Erbe sowohl der tamilischen wie der sinhalesischen Sprache und Kultur, und argu-

mentierte, daß der Kampf gegen den Imperialismus die Unterstützung durch ein vereinigtes Volk brauche, eine Einheit, die nur auf der Grundlage einer Parität der Sprachen geschmiedet werden könne. Bei dieser Zukunftsvision sah er allerdings die Möglichkeit voraus, daß eines Tages "aus Gründen der Bequemlichkeit das tamilische Volk freiwillig der Benutzung von Sinhalesisch als einziger offizieller Sprache zustimmen wird." (Wickremasinge, 1954)

Ab Mitte der 50er Jahre bewirkte die Sprachenfrage einen ernsthaften Dissens innerhalb der CP. 1953 gab es beispielsweise eine Kontroverse im Zentralkomitee der Partei über die Frage der Parität. Damals kam die Partei fast jedes Wochenende zusammen, um dieses Problem zu besprechen, wobei die Unterstützung für die Parität hauptsächlich von den Top-Führungskräften kam, während sich Opposition hierzu bei vielen Führern aus ländlichen Gebieten artikuliert. Die Mehrheit für eine Unterstützung der Parität setzte sich jedoch durch - die CP konnte in der Sprachenfrage mit einheitlicher Stimme sprechen. Dies galt für Äußerungen



in der Öffentlichkeit als auch für die Parlamentsdebatten über das Sprachenproblem. Ironischerweise wurde Premalal Kumarasiri, der die Parität persönlich ablehnte, sich aber im Sinne der Parteilinie für Parität aussprach, bei einer Versammlung in Colombo, wobei es um den Sprachenstreit ging, von Rowdies attackiert und zusammengeschlagen.

Während die Kommunistische Partei offiziell noch immer die Parität unterstützte, gab es wichtige Elemente innerhalb der Partei, die sich für eine Politik des 'sinhala-only' stark machten. Zum Beispiel argumentierte eine sinhalesische Druckschrift mit dem Titel "Der Marxismus und die Sprachenfrage", die 1955 gemeinsam von Basil Silva und G.V.S. de Silva verfaßt wurde, daß der Schrei nach Parität eine List derjenigen sei, die die Kontinuität der englischen Sprache dadurch zu erhalten suchten, indem sie Sinhalesisch und Tamil gegeneinander ausspielten. Es wurde hinzugefügt, daß eine marxistische Lösung darin läge, das Recht des tamilischen Volkes sicherzustellen. Desweiteren mutmaßten die Autoren, daß mit dem Bedarf nach wachsenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen das tamilische Volk verstärkt und auch immer bereitwilliger die sinhalesische Sprache lernen und benutzen würde. Sie glaubten, daß dieser Prozeß durch ökonomisches Wachstum und Demokratisierung an Stoßkraft gewinnen würde.

Die Sprachenfrage setzte sowohl klassenspezifische wie auch ethnische Leidenschaften frei - besonders unter dem sinhalesischen Kleinbürgertum. Im Sinne der Rechte von 60 % der Bevölkerung (über 3 Jahre), die nur Sinhalesisch, und von 20 %, die nur Tamil sprachen, war die Forderung nach 'swabasha' eine demokratische, und sie richtete sich gegen die englischsprachige Elite, die das soziale, ökonomische und politische Leben des Landes dominierte. Es war die LSSP, die die Forderung nach der Benutzung von Sinhalesisch und Tamil in Regierungsstellen und an den Gerichten 1935 als erste vorgebracht hatte. Aber als 'swabasha' zu 'sinhala bhasa' umgeformt wurde, und die Agitation sich bis zu 'sinhala only' als der offiziellen Sprache steigerte, wurde die Sprachenkampagne chauvinistisch, und der Zorn, der sich früher gegen die Elite gerichtet hatte, wurde nun auf die Tamilen gelenkt.

Im Juni 1956 wurde der 'sinhala only Act' im Parlament mit 66 zu 29 Stimmen verabschiedet. Die Linke sagte daraufhin voraus, daß unheilvolle Konsequenzen folgen würden, einschließlich ethnisch motivierter Gewalt und dem Anwachsen von separatistischen Bewegungen im Land. Colvin R. de Silva warnte davor, daß "zwei winzige, blutende Staaten nun aus einem schon kleinen Staat hervorgehen könnten...ausgeliefert den Imperialisten, die dort aufräumen wollten." (Hansard, 14. Juni 1956) Leslie Gunawardena sprach von der "schwerwiegenden Gefahr", daß die Tamilen sich entscheiden könnten, sich vom Rest des Landes zu trennen. (Ebd., 8. Juni 1956)

Die Gefahr, die die Linke einging, indem sie sich dem Gesetzesentwurf widersetzte, war im Jahr zuvor schon von Dr. N.M. Perera angesprochen worden: "Unsere Partei hat eine eindeutige Position eingenommen...Wir haben niemals gezauert oder geschwankt...weil wir dieses für die korrekte Linie hielten...Es könnte bedeuten, daß wir für einige Zeit in die politische Wildnis gehen müßten, aber wie auch immer, wir, die Mitglieder der LSSP, sind bereit, uns dem zu stellen." (Hansard, 19. Oktober 1955)

In gleichem Maße stark war die CP in ihrer Opposition. Pieter Keuneman verurteilte die Illusionen von ökonomischem Wohlstand, die der sinhalesischen Jugend von den Befürwortern des 'sinhala only'-Gesetzes gemacht würden.

Chauvinismus auch bei den Linken

Die 50er Jahre sind bedeutend für die Politik des Landes. Dies gilt auch für die linken und radikalen Kräfte. Die Linke konnte bemerkenswerte Erfolge bei den Parlamentswahlen feiern: während sie 1936 im 'State Council' nur über 2 Abgeordnete verfügte, steigerte sie die Anzahl ihrer Mandatsträger 1947 auf 18 in einem Parlament mit insgesamt 95 Mitgliedern (LSSP 15, CP 3). Zusätzlich wurde sie von einigen unabhängigen Kandidaten unterstützt. Führer der Opposition war Dr. N.M. Perera von der LSSP. Dieser Erfolg war dazu angetan, Hoffnungen entstehen zu lassen, daß die Linke das Parlament als ein Mittel zur Stärkung ihrer Macht und ihres Einflusses benutzen konnte. Während die LSSP und die BLP (BLPI) in den Krisenjahren sowohl in Indien als auch in Ceylon im Untergrund gearbeitet hatten, kehrte man in der Nachkriegszeit zu legaler Parteipolitik und Gewerkschaftsarbeit zurück. Die linken Gewerkschaften führten militante Klassenkampfaktionen sowie Generalstreiks in den Jahren 1945, 1946 und 1947 durch, während die linken Parteien ihre Repräsentation in lokalen, städtischen und Parlamentswahlen steigerten.

Die Zeit war eine Periode höchsten Klassenbewußtseins in den Aktionen der Arbeiterklasse, wie es sich nicht nur in den Generalstreiks widerspiegelte, in denen alle ethnischen Gruppen sich an militanten Auseinandersetzungen beteiligten, sondern auch in dem 'hartal' von 1953. Damals wurde die Arbeit für einen Tag niedergelegt, um gegen den Anstieg der Reispreise zu demonstrieren. Diese Aktion war eine bis zu diesem Zeitpunkt einmalige Demonstration von bäuerlicher und städtischer Klassensolidarität. Obwohl Arbeiter aller ethnischen Gruppen an diesem Kampf teilnahmen, ist das Fehlen der Plantagenarbeiter bemerkenswert. Zu diesem Zeitpunkt waren die Plantagenarbeiter mit einem Gesetz von 1947/48 beschäftigt, das vielen den Verlust der Staatsbürgerschaft brachte. Ihre Protestaktionen wie 'satyagrahas' (Sitz- und Hungerstreiks) waren deshalb auch mehr politisch als ökonomisch ausgerichtet.

Während die Linke bis zu den Sprachendebatten von 1956 offiziell ein korrektes Auftreten durchhielt, machten

sich unterschwellig jedoch auch bei ihr chauvinistische Strömungen bemerkbar, die auf die frühen 50er Jahren zurückgehen. Dies war kaum erstaunlich, da auch die Linke im Erbe der Traditionen eines Anagarika Dharmapala und des sinhalesischen Nationalismus stand. Hinzu kam, daß der Internationalismus der Linken und ihr Einsatz für die Belange von Minderheiten den marxistischen Parteien keine weitere Popularität und Unterstützung bei der Mehrheitsbevölkerung verschaffen konnte. Dies trifft insbesondere für die Zeit nach 1951 zu, als S.W.R.D. Bandaranaike die 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) gründete. Die linken Parteiführer wurden oftmals nicht nur als Fürsprecher der 'kochiyas' (Arbeiter aus dem heutigen indischen Bundesstaat Kerala, d.h. Malayalees), und der Plantagenarbeiter sowie als Unterstützer der tamilischen Sprache betrachtet, sondern auch als unreligiöse, unpatriotische Kosmopolitaner angesehen. Diese Ansicht vertrat besonders das Kleinbürgertum, dessen Ideologie in allen Parteien an Einfluß gewann.

Nach Auffassung von Teilen der Linken war ein solches Bild katastrophal. Die Arbeiter aus Kerala hatten die Insel verlassen, den Plantagenarbeitern waren Staatsbürgerschaft und Wahlrecht entzogen worden, und die Linke versagte dabei, den wachsenden nationalen Gefühlen des sinhalesischen Volkes - besonders in der Sprachenfrage - Ausdruck zu verleihen.

Kumari Jayawardene

(Übersetzung Britta Jünemann - Fortsetzung im nächsten Heft)



SÜDASIEN BÜRO
 KUETERNSTR. 45
 5400 WUPPERTAL-2
 WEST GERMANY.